

**Sitzungsniederschrift**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen führte die 3. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 15.08.2019 in Kremmen, Am Markt 1, Rathaus, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße um 19.00 Uhr durch.

**a) anwesend**

Dr. Gebauer, Stefanie	Vorsitzende
Busse, Sebastian	Mitglied
Brunner, Christoph	Mitglied
Winkler, Peter	Mitglied
Steinke, Marcel	Mitglied
Förster, Arthur	Mitglied
Klein, André	Mitglied
Bommert, Frank	Mitglied
Kurth, Jürgen	Mitglied
Neumann, Lukas	Mitglied
Koop, Eckhard	Mitglied
Tietz, Reiner	Mitglied
Voigts, Malte-Sören	Mitglied
Hornemann, Heino	Mitglied
Oertel, Helfred	Mitglied
Schlichting, Ricky	Mitglied
Sommer, Lisa	Mitglied
Dalibor, Andreas	Mitglied
Dietrich, Gert	Mitglied

**b) abwesend**

./.

**c) von der Verwaltung anwesend**

Frau Haak, Frau Tamms, Herr Bröker, Herr Wießner

**d) Gäste**

Herr Dr. Grimm                      Dombert Rechtsanwälte

**e) Presse**

MAZ, OGA

Die Mitglieder waren durch **-ordnungsmäßige** - Einladung vom **02.08.2019** auf **Donnerstag, den 15.08.2019** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben. Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **- ordnungsmäßige** - Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden. Die Stadtverordnetenversammlung war - nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - **beschlussfähig**.

## Bestätigte Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung vom 25.07.2019
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Informationen des Bürgermeister
5. Einwohnerfragestunde
6. Beratung und Beschluss: Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 74 "Wohnquartier Rhingärten" der Stadt Kremmen (Aufstellungsbeschluss)  
**Beschlussvorlage** - 01-80-2019
7. Beratung und Beschluss: Bericht zum Lärmaktionsplan 3. Stufe der Stadt Kremmen  
**Beschlussvorlage** - 01-58-2019
8. Beratung und Beschluss: Schließzeiten der Kindertagesstätten / Hort der Stadt Kremmen in den Ferien und zu den Feiertagen im Jahr 2020  
**Beschluss** - 01-72-2019
9. Beratung und Beschluss: Ortsvorsteherberatungen  
- eingebracht: Fraktion UWG/LGU/SPD -  
**Beschlussvorlage** - 01-73-2019
10. Beratung und Beschluss: Bestellung von drei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung für die Einigungsstelle der Stadtverwaltung Kremmen  
**Beschlussvorlage** - 01-76-2019
11. Beratung und Beschluss: 1. Änderung zur Satzung über die Verleihung von Ehrenbezeichnungen und Auszeichnungen der Stadt Kremmen  
- eingebracht: Fraktion Die Unabhängigen Bürger (DUB)  
**Beschlussvorlage** - 01-78-2019
12. Beratung und Beschluss: Aufstellung des Bearbeitungsstandes des Investitionsplans der Stadt Kremmen für das Jahr 2019  
- eingebracht: Fraktion Die Unabhängigen Bürger (DUB) -  
**Beschlussvorlage** - 01-79-2019
13. Anfragen und Informationen der Abgeordneten  
**Beschlussvorlage** - 01-58-2019

### II. Nichtöffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Stadtverordnetenversammlung vom 25.07.2019
2. Beratung und Beschluss: Dienstbarkeitsbestellung in der Gemarkung Staffelde, Flur 14, Flurstück 7  
**Beschlussvorlage** - 01-74-2019
3. Beratung und Beschluss: Verkauf von zwei Grundstücken in der Gemarkung Flatow  
**Beschlussvorlage** - 01-75-2019
4. Beratung und Beschluss: Vergabe der Lieferleistungen zum Kauf von Schutzhelmen für die Feuerwehr - VV-32-2019 -  
**Beschlussvorlage** - 01-77-2019
5. Beratung und Beschluss: Vergabe von Stufe 1 (HOAI-Leistungsphasen 1-4) der Planungsleistungen Objektplanung Gebäude (Los 1) "Neubau Feuerwehrgebäude Kremmen" nach Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 17 VgV, Vergabe-Nr.: VG-01-2018  
**Beschlussvorlage** - 01-81-2019
6. Beratung und Beschluss: Vergabe von Stufe 1 (HOAI-Leistungsphasen 1-4) der Planungsleistungen Tragwerksplanung (Los 2) "Neubau Feuerwehrgebäude Kremmen" nach Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 17 VgV, Vergabe-Nr.: VG-01-2018  
**Beschlussvorlage** - 01-82-2019
7. Beratung und Beschluss: Vergabe von Stufe 1 (HOAI-Leistungsphasen 1-4) der Planungsleistungen Technische Ausrüstung Anlagengruppen 1 bis 3 (Los 3) "Neubau Feuerwehrgebäude Kremmen" nach Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 17 VgV, Vergabe-Nr.: VG-01-2018  
**Beschlussvorlage** - 01-83-2019
8. Beratung und Beschluss: Vergabe von Stufe 1 (HOAI-Leistungsphasen 1-4) der Planungsleistungen Technische Ausrüstung Anlagengruppen 4 bis 6 (Los 4) "Neubau Feuerwehrgebäude Kremmen" nach Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 17 VgV, Vergabe-Nr.: VG-01-2018  
**Beschlussvorlage** - 01-84-2019
9. Anfragen und Informationen der Abgeordneten
10. Beratung: Verständigung über die zur Realisierung anstehenden Probleme sowie über die langfristig heranreifenden Aufgaben in der Stadt, jeweils verbunden mit der Finanzierung der Maßnahmen, auf der Grundlage einer Diskussionsgrundlage des Bürgermeisters

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse	Abstimmungsergebnis		
	Stadtverordnetenversammlung am 15.08.2019	Ja	Nein	Enth
	I. Öffentlicher Teil			
1.	<p><b>Eröffnung der Sitzung</b></p> <p>Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Dr. Gebauer, eröffnet am Donnerstag, dem 15.08.2019 um 19 Uhr die 3. Stadtverordnetenversammlung. Sie begrüßt die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die Bürger, die Gäste, die Pressevertreter und die Mitarbeiter der Verwaltung.</p> <p>Die Vorsitzende stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Von insgesamt 19 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind 16 anwesend.</p>			
2.	<p><b>Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung vom 25.07.2019</b></p> <p>Herr Kurth meldet sich zu Wort und bezieht sich auf den Disput in der vergangenen Sitzung zum Punktfestival. Wie aus der Anlage 3 (Zeitungsartikel der MOZ vom 30.01.; aktualisiert 31.01.2019) zur Niederschrift ersichtlich, war der Vorwurf von Herrn Bommert ungerechtfertigt.</p> <p>Herr Koop bat in der vergangenen Sitzung um eine Auflistung der gestellten Fördermittelanträge. Diese habe er jedoch noch nicht erhalten. Herr Wießner sagt, dass er die Auflistung zur Kremmener Ortsbeiratssitzung in den Ratssaal ausgelegt habe. Er übergibt daraufhin die Unterlagen an die Vorsitzende.</p> <p>Weitere Wortmeldungen sind nicht zu verzeichnen.</p>			
3.	<p><b>Feststellung der Tagesordnung</b></p> <p>Herr Tietz schlägt vor, den TOP 2 (Beratung: Verständigung über die zur Realisierung anstehenden Probleme wie über die langfristig heranreifenden Aufgaben in der Stadt, jeweils verbunden mit der Finanzierung der Maßnahmen, auf der Grundlage einer Diskussionsgrundlage des Bürgermeisters) im nichtöffentlichen Teil der Sitzung auf Punkt 10 zu verschieben. Die Fraktion wolle nicht, dass durch die sicher notwendige Aussprache die zahlreichen Vergabebeschlüsse in Gefahr geraten. Allerdings wünschen sie sich auch, dass für das Beratungsthema genügend Zeit zur Verfügung stehe.</p> <p>Die Abgeordneten stimmen dem zu. Weitere Änderungsanträge sind nicht zu verzeichnen, somit wird gemäß Tagesordnung mit der von Herrn Tietz beantragten Änderung weiter verfahren.</p>			

4.	<p><b>Informationen des Bürgermeisters</b></p> <p>Herr Busse stellt zunächst die beiden Auszubildenden vor. Frau Hesse und Herr Berger haben am 01.08.2019 ihre Ausbildung begonnen. Der Ausbildungsbetrieb für Frau Hesse ist zwar der Zweckverband Kremmen, aber einen Teil der Ausbildung absolviert sie in der Kremmener Stadtverwaltung.</p> <p>Weiterhin informiert er über die Zusammenkünfte zur Machbarkeitsstudie für die Erweiterung des Schulkomplexes. Da in der Grundschule ab dem kommenden Schuljahr 2 Räume und in den kommenden zwei Jahren wieder jeweils 2 Räume fehlen, müssen Lösungen gefunden werden. Durch das beauftragte Planungsbüro wurden insgesamt 12 Variationen vorgeschlagen. In der vergangenen Beratung haben sich die Beteiligten für drei Varianten entschieden, die nun weiterverfolgt werden.</p> <p>Zudem berichtet Herr Busse, dass am 26.07.2019 eine Gesprächsrunde zum Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) bei der Gemeinsamen Landesplanung stattgefunden habe. Anschließend gibt Herr Wießner anhand einer Power-Point-Präsentation einen kurzen Einblick aus diesem Gespräch. (Die Präsentation ist in der Anlage beigelegt.)</p> <p>Herr Brunner weist darauf hin, dass der LEP HR kein Gesetz sei, sondern eine Zielvorstellung der Landesregierung. Er kritisiert die Einschränkungen zur Entwicklung und meint, von kommunaler Selbstverwaltung könne hier keine Rede sein.</p> <p>Zwischenzeitlich erscheinen Herr Dalibor um 19:08 Uhr und Frau Sommer um 19:12 Uhr, so dass 18 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend sind.</p>			
5.	<p><b>Einwohnerfragestunde</b></p> <p>Frau Hirth, Sportlehrerin an der Grundschule Kremmen, meldet sich zu Wort und beschreibt die unzumutbare Situation aufgrund der weiterhin gesperrten Turnhalle. U.a. weist sie auf den Lautstärkepegel und die Erhöhung der Doppelnutzungen hin. Den Sportunterricht laut Lehrplan durchzuführen, sei nahezu unmöglich. Auch beim Umziehen gebe es aufgrund des Platzmangels große Probleme. Wie geht es mit der Turnhalle weiter?</p> <p>Frau Kunert, ebenfalls Sportlehrerin an der Grundschule Kremmen, obliegt die Organisation des Sportunterrichtes. Auch sie berichtet von unhaltbaren Zuständen. So müssen Klassen an Nachmittagen Sportunterricht durchführen, obwohl der Ganztagsunterricht angeboten wird. Die Schüler können daher in diesem Zeitraum</p>			

	<p>die Ganztagsangebote nicht wahrnehmen. Zudem könne im Rahmen des "Ganztages" keine sportlichen Aktivitäten angeboten werden, da es keine freien Kapazitäten der Halle gebe. Der Erziehungsauftrag könne so nicht erfüllt werden. Inwieweit gibt es eine Zielplanung im Hinblick auf das nächste Schuljahr?</p> <p>Frau Hennicke, Sportlehrerin der Kremmener Oberschule bestätigt die Aussagen. Laut Lehrplan müsse sie 3 Sportstunden durchführen. Aus Platzmangel ist sie jedoch gezwungen, eine davon als Theoriestunde abzuhalten. Allen sollte bewusst sein, wie notwendig Bewegung für die Schüler ist. Daher sei es sehr schade, dass die Sportstunden nicht ideal genutzt werden. Und dieser Zustand hält schon einige Jahre an.</p> <p>Frau Dr. Gebauer erklärt, dass es drei gutachterliche Stellungnahmen gibt. Die Stellungnahme vom März 2017 umfasst die Einschätzung der baulichen Substanz und es wurde ein Sanierungsvorschlag unterbreitet. Dann gab es eine Stellungnahme vom Dezember 2017 zur visuellen Nachprüfung der HP-Schalenkonstruktion. In diesem Gutachten wurde festgestellt, dass unter Berücksichtigung der erforderlichen Sanierungsempfehlungen gemäß der gutachterlichen Stellungnahme vom 14.03.2017 und einem Instandhaltungskonzept die Turnhalle <b>voraussichtlich</b> eine Restnutzungsdauer von ca. 35 Jahren erreichen kann. Daraufhin wurde der Beschluss zur Sanierung der Turnhalle gefasst. In der Sitzung zur Machbarkeitsstudie der Schulerweiterung im Mai 2019 wurden die Anwesenden informiert, dass vom Gutachter die Erstellung eines tragfähigen Sanierungskonzeptes gefordert wurde. Dies führe zu Zeitverzögerungen und Mehrkosten. Ursprünglich war die Fertigstellung für Juli 2020 geplant. Ob dieser Termin zu halten ist, könne sie nicht beurteilen. Sie schlägt eine Sondersitzung des Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschusses vor. Hierzu sollte der Gutachter, der die ursprünglichen Stellungnahmen erarbeitete und der jetzige Gutachter eingeladen werden, um die Angelegenheit mit den Abgeordneten zu besprechen.</p> <p>Herr Busse weist darauf hin, dass er von den Abgeordneten mit der Sanierung der Halle beauftragt war. Zwischenzeitlich stellte sich in einem Vor-Ort-Termin heraus, dass auch der Sanitärtrakt saniert und barrierefrei hergerichtet werden muss. Sicher ist jetzt schon, dass Mehrkosten entstehen werden. An der Zeitschiene werde sich jedoch nichts ändern. Zielstellung ist die Fertigstellung bis zum nächsten Schuljahr. Die derzeitige Situation ist so: Bei der ersten Submission für die geforderten</p>			
--	---	--	--	--

	<p>Bohrungen ist kein Angebot eingegangen. Es folgte eine zweite Ausschreibung und die Submission findet am 20.08.2019 statt. Am kommenden Donnerstag würde er die Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden des Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschusses einladen, um die Zahlen vorzulegen.</p> <p>Herr Koop begrüßt den Vorschlag von Frau Dr. Gebauer. Der Gutachter und der jetzige Auftragnehmer müssen Stellung beziehen. Jeder, der sich mit Vergaben auskennt wisse, dass in den Ausschreibungsunterlagen darauf hingewiesen wird, dass sich der Auftragnehmer vorher ein Bild über die örtlichen Gegebenheiten zu machen hat. Etwaige Probleme sind im Vorfeld anzusprechen. Es könne nicht sein, dass nach Auftragsunterzeichnung noch Nachforderungen gestellt werden. Er glaubt auch nicht, dass der Auftragnehmer das Recht dazu hat durchzusetzen, dass wir die Kosten übernehmen müssen. Bis Juli nächsten Jahres sind noch 11 Monate. Er sieht es nicht so optimistisch und verweist auf die derzeitige Lage im Baugewerbe.</p> <p>Frau Förste verweist auf den Vor-Ort-Termin in der Schule am 24.05.2019. Aufgrund der festgestellten Geruchsbelästigungen im Anbau der Grundschule sollten entsprechende Maßnahmen unternommen werden. Jetzt sind die Gerüche bereits im Flur zu spüren. Sie fragt nach den Messprotokollen. Es gab derzeit Probleme mit der Lüftungsanlage, berichtet Herr Busse. Die Probleme wurden jedoch behoben. Herr Busse sagt eine umgehende Prüfung zu.</p> <p>Frau Bertram, Lehrerin der Grundschule Kremmen, bedankt sich bei den Abgeordneten, die an der Schulbegehung im Mai teilgenommen haben. Anschließend macht sie noch einmal auf die Raumsituation in der Schule aufmerksam. So gebe es vier Räume, durch die Fluchtwege verlaufen. Aufgrund der Schülerzahlen (25) wurde festgestellt, dass der Fluchtweg bei Gefahr von einem Schüler nicht zu erreichen ist. Daher sollten für das kommende Jahr nicht nur zwei Räume, sondern 4 zusätzliche Räume eingeplant werden. Die Sicherheit muss für alle Schüler gegeben sein. Inwieweit sind die Ergebnisse der Begehung in die Bedarfsplanung mit eingegangen? Die Gespräche mit der Rektorin werden regelmäßig geführt, erklärt Herr Busse und es waren bisher stets zwei Räume angemeldet. Wie bereits unter TOP 3 (Informationen des Bürgermeisters) erwähnt, haben Gesprächsrunden zur Machbarkeitsstudie stattgefunden, hier nahm auch Frau Borchert teil. Werden mehr Räume benötigt, muss dies</p>			
--	---	--	--	--

	<p>angemeldet werden. Frau Bertram sagt zu, dies dann schriftlich zu tun.</p> <p>Herr Ch. bezieht sich auf den Aufstellungsbeschluss zum Bauvorhaben "Wohnquartier Rhingärten". Das Vorhaben sei überplant und er würde empfehlen, die Planung auf ein Dreiviertel zu reduzieren. Er sehe jetzt schon Probleme bei der Entwässerung. Ebenso sollten alternative Energien eine Rolle spielen, wie z.B. Elektrotankstellen.</p> <p>Frau F. macht auf die daraus folgende Verkehrssituation aufmerksam. Es sei jetzt schon katastrophal und die seit Jahren geplante Umgehungsstraße könne dann auch nicht realisiert werden.</p> <p>Weitere Wortmeldungen sind nicht zu verzeichnen.</p>			
6.	<p><b>Beratung und Beschluss: Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 74 "Wohnquartier Rhingärten" der Stadt Kremen (Aufstellungsbeschluss) Beschlussvorlage - 01-80-2019</b></p> <p>Der Projektentwickler, Herr Kunze, erhält das Wort und gibt Erläuterungen zum Vorhaben. U.a. weist er darauf hin, dass die zu beplanende Fläche im Vorentwurf des sich in Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplanes als Wohnbaufläche ausgewiesen ist. Die Fläche sei relativ innenstadtnah und selbstverständlich werden auch Verkehrszählungen berücksichtigt.</p> <p>Es folgt eine rege Diskussion, in der das Für und Wider vorgetragen wird.</p> <p>U.a. erklärt Herr Voigts, dass es sich hier um eine Idee, einen Aufstellungsbeschluss handelt. Die Abgeordneten müssten langsam aufpassen. Es könne der Eindruck entstehen, in Kremen werde alles verhindert. So wurden Bauvorhaben für Staffelde abgelehnt, während das Vorhaben Orion ohne große Diskussionen befürwortet wurde. Nun kommt wieder jemand von außen und das Vorhaben wird wiederum verhindert.</p> <p>Mit der in Aussicht stehenden Festlegung als grundfunktionaler Schwerpunkt stehen in Kremen für die nächsten 10 Jahre 14,2 ha Wohnsiedlungsflächen zur Verfügung, erklärt Frau Dr. Gebauer. 12,14 ha sind bereits mit B-Plänen unterlegt. Es gehe um die Kremmener und deren Kinder, die hier bleiben wollen und auch sollten, macht Herr Bommert deutlich. Auch seien Reihenhäuser kostengünstiger als Einfamilienhäuser, die sich nicht jeder leisten könne. Jetzt wird jedoch versucht, von Beginn an alles zu zerreden. In jedem Wahlprogramm ist die Schaffung von Wohnraum aufgeführt. Das Vorhaben sollte erstmal positiv begleitet werden, Einzelheiten können im Nachhinein festgelegt.</p>			

<p>Auf Anfrage von Herrn Koop erklärt Herr Kunze, dass es sich hier um ein Investorenprojekt handelt. Die Firma sei stets bestrebt, preiswerten Wohnraum zu schaffen.</p> <p>Zudem betont Herr Koop, dass der Ortsbeirat Kremmen das Vorhaben auf keinen Fall verhindern wolle. Das Vorhaben sollte bis zur Bestätigung der Kernstadt als grundfunktionales Zentrum verschoben werden. Außerdem verweist der Ortsbeirat auch auf die begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten für Wohnsiedlungsflächen. Derzeit sind schon 12,14 ha mit B-Plänen beplant. Mit diesem Vorhaben wären insgesamt 20,74 ha verplant. Er könne sich nicht vorstellen, dass dies genehmigt wird. In den anderen Ortsteilen wäre innerhalb der nächsten 10 Jahre dann auch keine Entwicklung mehr möglich. Bereits heute gebe es Probleme mit den Kapazitäten in den städtischen Einrichtungen, wie Hort, Kita und Schule. Seit zwei Jahren wird bereits mit Sondergenehmigungen gearbeitet. Der Kita-Anbau mit 40 Plätzen dient zur Abdeckung der derzeitigen Anmeldezahlen. Bis zum heutigen Tag ist noch nicht klar, ob die Fördermittel für Kita und Schule bereitgestellt werden. Herr Koop fragt, ob es einen Plan B gebe, falls keine Fördermittel bereitgestellt werden. Er erwartet eine Ausarbeitung für einen Plan B zur Finanzierung der Projekte ohne Fördermittel. Mit dem Projekt Wohnquartier Rhingärten" entstehe weiterer Bedarf, mit jeder Familie wird auch ein Kind kommen. 2021/2022 sollen die ersten Häuser stehen und die Kinder müssen dann untergebracht werden. Es müsse wiederum über eine Erweiterung und deren Finanzierung nachgedacht werden. Der Ortsbeirat habe sich für eine Verschiebung entschieden, um zunächst die Rahmenbedingungen abzuklären. Er weist auch auf den OT Vehlefanz hin, dieser stoße auch schon an die Kapazitätsgrenzen, obwohl sie dort finanziell wesentlich besser stehen. Kritik gab es auch an den Bedingungen, wie die extreme Verdichtung der Grundstücke (ca. 370 m<sup>2</sup>) und die fehlende Freilassung von 30 m für die mögliche Umgehungsstraße. Es ist aber auf keinen Fall gewollt, einen Investor zu verprellen.</p> <p>Nun stellt Herr Koop folgenden Antrag zur Vertragung laut Geschäftsordnung: "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die Vertragung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 74. Wohnquartier Rhingärten" bis zur abschließenden Abstimmung des städtischen FNP und der Bestätigung der Kernstadt als grundfunktionaler Schwerpunkt."</p> <p>Man müsse zukunftsfähig denken, macht Herr Busse deutlich. Die Gemeinde Oberkrämer ist um mindestens 4.000 Einwohner gewachsen, dies könne nicht verglichen werden. Es wurde</p>			
---	--	--	--



	<p>immer favorisiert, den Innenbereich zu entwickeln. Für Orion wurden 7,8 ha verplant, hier gab es keine Diskussion über die Benachteiligung der Ortsteile. Zum Bauvorhaben Orion erklärt Herr Wießner, dass dieses Gebiet nicht den Zielen der Raumordnung entspricht. Der LEP sei ein Rechtsinstrument der Gemeinsamen Landesplanung und ein Ziel ist es u.a., Splittersiedlungen nicht zu erweitern und die Schaffung von neuen Wohnflächen auf momentan vorhandenen Grünflächen gilt es, grundsätzlich zu vermeiden. Dem Investor ist dringend zu empfehlen, eine Zielfrage für dieses Vorhaben an die Gemeinsame Landesplanung zu stellen, bevor weitere Maßnahmen getroffen werden. Hierbei handelt es sich offiziell um Solarflächen und keine Grünflächen, fügt Frau Dr. Gebauer hinzu.</p> <p>Herr Brunner bezieht sich auf die B-Pläne "Neumeier und Malinowski" in der vergangenen Legislaturperiode. Hier habe er eine Erweiterung um die stadteigenen Flächen angeregt, dies wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt. Und jetzt werde vom Verhindern gesprochen.</p> <p>Herr Schlichting findet es schon seltsam, dass 10 Tage vor der Sitzung ein B-Plan vorgelegt wird, der beschlossen werden soll. Es ist eine Willensbekundung erforderlich. Dass die Anwohner dem sehr kritisch gegenüberstehen, könne er verstehen. Der Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschuss lehnt mehrheitlich den Aufstellungsbeschluss unter den jetzigen Bedingungen ab. Es erfolgte jedoch keine grundsätzliche Ablehnung, aber innerhalb von 10 Tagen über ein derartiges Vorhaben zu entscheiden, sei sehr schwierig. Es wäre ratsam, bereits im Vorfeld Gespräche zu führen. Langfristig gesehen würde er dieses Projekt jedoch nicht ablehnen.</p> <p>Herr Busse arbeitet seit 1,5 Jahren daran, diese Stadt zu entwickeln. Alle Abgeordneten und Bürger der Stadt, die den FNP kennen, sind darüber informiert, dass diese Fläche als Wohnfläche ausgewiesen ist.</p> <p>Herr Neumann, Fraktionsvorsitzender der CDU, stellt folgenden Änderungsantrag: Und zwar soll dem Beschlusstext folgender Satz unter Punkt 1. hinzugefügt werden: "Das Vorhaben wird erst dann weiterverfolgt, wenn die Stadt Kremen grundfunktionaler Schwerpunkt geworden ist. Der Investor wird darüber informiert, dass bis dahin keine weiteren Planungen auszuführen sind." Der Beschlussantrag ist darin begründet, dass somit dem Investor die Möglichkeit gegeben werden soll, sich weiterhin in Kremen zu engagieren und</p>			
--	---	--	--	--

<p>Vertrauen zu gewinnen.</p> <p>Herr Tietz äußert sich erfreut über diesen Antrag. Er befürchtet, dass ansonsten dieses Vorhaben auf den Sanktnimmerleinstag verschoben wird. Bereits im Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschuss habe er die Wichtigkeit unterstrichen, die Kernstadt zu entwickeln. Denn nur Kremmen wird grundfunktionales Zentrum, die anderen Ortsteile nicht. Der Zuwachs von 500 - 700 Einwohnern ist eine echte Entwicklung für die Stadt. Für die Infrastruktur müsse jedoch etwas unternommen werden. Er stellt daraufhin folgenden Antrag: Dem Beschlusstext soll als letzter Satz unter Punkt 1. hinzugefügt werden:</p> <p>"Der Bürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage BauGB § 11 mit dem Investor zu vereinbaren, wie dieser sich an der Stärkung der kommunalen Infrastruktur und dem Einsatz einer modernen Wärmeversorgung beteiligen will."</p> <p>Die Begründung hierzu lautet wie folgt: Für die Vorbereitung größerer Bauvorhaben, und darum handelt es sich, hat es sich bewährt, auf der Grundlage § 11 des BauGB einen städtebaulichen Vertrag auszuhandeln und abzuschließen. Die Stadt Kremmen sollte in einem solchen Vertrag bedeutende Leistungen des Investors anstreben, weil mit dem Bezug der Häuser die Einwohnerzahl in der Kernstadt beträchtlich ansteigen würde und sich damit hohe Anforderungen an die kommunale Infrastruktur ergeben werden. Das betrifft insbesondere die Kinderbetreuung, das Schulwesen und die Abwasserbehandlung, aber auch die Belastung der Wasserversorgung, des ÖPNV und der gesundheitlichen Betreuung. Was die vorgesehene Wärmeversorgung des Komplexes betrifft, sollte mit dem Investor über den Einsatz des Projektes des Bauern Petry zur thermischen Nutzung der Biomasse des Luchs in einem innerstädtischen Biomasseheizkraftwerkes verhandelt werden.</p> <p>Herr Dalibor unterstreicht noch einmal, dass keiner das Vorhaben generell ablehnt. Er begrüße daher den Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Die Abgeordneten seien so nicht im Zugzwang.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen wird eine fünfminütige Beratungspause vereinbart.</p> <p>Nach der Pause lässt die Vorsitzenden über den Antrag der Fraktion DUB abstimmen, da der Vorsitzende Eckhard Koop einen Antrag auf Vertagung lt. Geschäftsordnung gestellt habe. Die CDU-Fraktion verlangt zuvor eine namentliche</p>			
--	--	--	--

	<b>Abstimmung.</b>  "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die Vertagung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 74 „Wohnquartier Rhingärten“ bis zur abschließenden Abstimmung des städtischen FNP und der Bestätigung der Kernstadt als grundfunktionaler Schwerpunkt."			
	Stimmverhältnis:        mehrstimmig Abstimmung:            abweichend	12	7	0
	<b><u>Namentliche Abstimmung</u></b>			
	Tietz, Reiner		X	
	Busse, Sebastian		X	
	Dalibor, Andreas	X		
	Dietrich, Gert	X		
	Steinke, Marcel		X	
	Förster, Arthur	X		
	Schlichting, Ricky	X		
	Hornemann, Heino		X	
	Oertel, Helfred	X		
	Winkler, Peter	X		
	Kurth, Jürgen	X		
	Neumann, Lukas		X	
	Dr. Gebauer, Stefanie	X		
	Sommer, Lisa	X		
	Klein, André	X		
	Voigts, Malte-Sören		X	
	Brunner, Christoph	X		
	Bommert, Frank		X	
	Koop, Eckhard	X		
7.	<b>Beratung und Beschluss: Bericht zum Lärmaktionsplan 3. Stufe der Stadt Kremmen</b> <b>Beschlussvorlage - 01-58-2019</b> Da keine Fragen gestellt werden, bittet die Vorsitzende um Abstimmung. "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt:  1. den Bericht zur Information der Öffentlichkeit und zur Weiterleitung an die Europäische Kommission der Lärmaktionsplanung 2018 Stufe 3 der Stadt Kremmen.  2. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Beschluss und den Bericht zum Lärmaktionsplan Stufe 3, entsprechend der Verordnung über die Lärmkartierung, 43. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) und § 47 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) an das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg zu übergeben."			
	Stimmverhältnis:        einstimmig Abstimmung:            laut Vorschlag	19	0	0
8.	<b>Beratung und Beschluss: Schließzeiten der Kindertagesstätten / Hort der Stadt Kremmen in den Ferien und zu den Feiertagen im Jahr 2020</b> <b>Beschluss - 01-72-2019</b> Herr Koop schlägt vor, auch in der Kremmener Kita die Schließzeiten in den Sommerferien auf 14 Tage zu begrenzen. Zudem sollten für diese 14 Tage entweder der Ferienbeginn oder das Feriende genutzt werden. Herr Schlichting regt für das kommende Jahr eine bessere Aufgliederung an.			

	<p>Herr Winkler und Herr Förster unterstreichen, dass die Schließzeiten mit den Kita-Leitern abgesprochen wurden. Auch in den Kita-Ausschüssen wurde die Planung beraten, fügt Herr Tietz hinzu.</p> <p>Herr Busse sagt zu, die Hinweise aufzunehmen und zu beraten. Herr Koop wird die Kita-Leiterin demnächst in den Ortsbeirat einladen. Für 2020 sollte wie vorgeschlagen verfahren werden.</p> <p>Anschließend bittet Frau Dr. Gebauer um Abstimmung.          "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage aufgeführten Schließzeiten der Kindertagesstätten / Hort der Stadt Kremmen in den Ferien und zu den Feiertagen im Jahr 2020."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig          Abstimmung: laut Vorschlag</p>	19	0	0
9.	<p><b>Beratung und Beschluss: Ortsvorsteherberatungen</b>  <b>- eingebracht: Fraktion UWG/LGU/SPD -</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-73-2019</b></p> <p>Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion UWG/LGU/SPD, Herr Dalibor, übergibt das Wort an Herrn Kurth. Dieser berichtet, dass die Ortsvorsteher seit dem Frühjahr nicht mehr zusammengekommen sind. Auslöser für den Beschlussantrag war u.a. auch, dass der Sommerfelder Gehweg an der Kremmener Straße erneuert wurde und der Ortsbeirat war darüber nicht informiert. Um derartige Fehlinformationen zukünftig zu vermeiden, sollten regelmäßige Ortsvorsteherberatungen durchgeführt werden.</p> <p>Herr Brunner unterstreicht auch die Wichtigkeit der Ortsvorsteherberatungen.</p> <p>Während seiner Amtszeit als Ortsvorsteher gab es nur eine Ortsvorsteherberatung. Seit März 2017 gab es sechs Beratungen. Eine Beratung ist ausgefallen, weil es keine aktuellen Themen gab. Die Ortsvorsteher wurden darüber informiert und um Mitteilung evtl. Beratungsthemen gebeten. Zudem könne jederzeit bei ihm angerufen oder ein Gesprächstermin vereinbart werden. Außerdem könne auch das Beschwerdemanagement "Märker" genutzt werden. Sitzungen einmal im Quartal durchzuführen, halte er für ausreichend.</p> <p>Herr Schlichting hält regelmäßig durchgeführte Sitzungen für sehr sinnvoll. Und Herr Winkler möchte den Beschlussantrag dies nicht als Kritik gegenüber dem Bürgermeister sehen. Auch er meint, dass einmal im Quartal ausreichend sei.</p> <p>Herr Koop bittet, die Uhrzeit nicht vor 18 Uhr festzulegen.</p> <p>Die Sitzungen werden dann jeweils dienstags um 18 Uhr</p>			

	<p>durchgeführt, die Termine werden im Sitzungskalender 2020 mit aufgenommen, sagt Herr Busse zu.</p> <p>Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert: Nach dem Wort durchzuführen wird Folgendes hinzugefügt: und zwar jeweils dienstags um 18 Uhr.</p> <p>Die Vorsitzende bittet um Abstimmung über die geänderte Beschlussvorlage.</p> <p>"Der Bürgermeister wird gebeten, alle 2 Monate eine Ortsvorsteherberatung durchzuführen, und zwar jeweils dienstags um 18 Uhr."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig</p> <p>Abstimmung: abweichend</p>	14	0	5
10.	<p><b>Beratung und Beschluss: Bestellung von drei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung für die Einigungsstelle der Stadtverwaltung Kremmen</b></p> <p><b>Beschlussvorlage</b> - 01-76-2019</p> <p>Vorschlag von Herrn Dalibor für die Fraktion UWG/LGU/SPD: Herr Arthur Förster</p> <p>Vorschlag von Herrn Neumann für die CDU-Fraktion: Herr Marcel Steinke</p> <p>Vorschlag von Herrn Koop für die Fraktion DUB: Herr Eckhard Koop.</p> <p>Es folgt die Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen bestellt aufgrund des § 71 Personalvertretungsgesetz des Landes Brandenburg folgende Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in die Einigungsstelle der Stadtverwaltung Kremmen:</p> <p>Herr Arthur Förster Herr Marcel Steinke Herr Eckhard Koop"</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig</p> <p>Abstimmung: laut Vorschlag</p>	19	0	0
11.	<p><b>Beratung und Beschluss: 1. Änderung zur Satzung über die Verleihung von Ehrenbezeichnungen und Auszeichnungen der Stadt Kremmen</b></p> <p><b>- eingebracht: Fraktion Die Unabhängigen Bürger (DUB)</b></p> <p><b>Beschlussvorlage</b> - 01-78-2019</p> <p>Herr Koop begründet den Beschlussantrag u.a. damit, dass die Vorschläge in der Regel aus den Ortsbeiräten kommen und die Laudationen werden auch von den Ortsbeiräten verfasst. Daher sollte so, wie in der Beschlussvorlage aufgeführt, zukünftig verfahren werden.</p> <p>Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion UWG/LGU/SPD vor, berichtet Frau Dr. Gebauer. Der Antrag lautet wie folgt:</p>			

<p>"Die Verleihung erfolgt durch die/den Ortsvorsteher/in des Ortes, aus dem die zu ehrende Person stammt, gemeinsam mit dem Bürgermeister/alternativ der Stadtverordnetenvorsteherin."</p> <p>Es ist für die zu ehrende Person schon wichtig, wenn nicht nur ein Mitglied des Ortsbeirates, sondern die Vorsitzende sowie der Bürgermeister die Ehrung übernehmen, begründet Herr Dalibor den Antrag.</p> <p>Das Vorschlagsrecht ist breit, erklärt Herr Tietz. Der Bürgermeister und die Abgeordneten können ebenfalls Vorschläge unterbreiten. Gemeinsam mit Malte Voigts bringt er daher folgenden Änderungsvorschlag ein: Und zwar einen neuen Text für die vorgeschlagene Ergänzung, deren Einfügung in den § 4, Absatz 8 der Satzung nach dem 3. Satz erfolgen soll: "Die Würdigung des Auszuzeichnenden kann im Ausnahmefall auch durch ein Mitglied des Ortsbeirates des Ortsteils, aus dem die zu ehrende Persönlichkeit stammt oder durch eine dafür von der Stadtverwaltung beauftragte Person erfolgen." Er begründet den Antrag wie folgt: Die genannten Auszeichnungen sind Auszeichnungen der Stadt Kremen, deshalb kann ein Vertreter des Ortsbeirates nicht die Verleihung übernehmen. Das ist der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung oder/und dem Bürgermeister vorbehalten. Auch die Ansprache zur Würdigung sollte in der Regel diesem Personenkreis vorbehalten sein. Im besonderen Fall kann die obige Ausnahmemöglichkeit eingeräumt werden.</p> <p>Herrn Bommert spricht sich für den Vorschlag von Herrn Tietz und Herrn Voigts aus. Um der Auszeichnung noch mehr Würdigung zu verleihen, könnte bei bestimmten Personen auch der Landrat oder Minister die Laudatio halten.</p> <p>Herr Winkler verweist auf den Verfügungsfonds der Ortsvorsteher. Halte er es für notwendig, eine bzw. mehrere Personen zu würdigen, stehen hierfür Mittel zur Verfügung. Bei den Auszeichnungen, die nur einmal im Jahr stattfinden, ist der Bürgermeister der Richtige. Der Ortsvorsteher könne nebenbei stehen. Aber ist eine Satzungsänderung notwendig?</p> <p>Herr Förster meint auch, dass der Bürgermeister und der Ortsvorsteher die Auszeichnungen gemeinsam übernehmen sollten.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen bittet Frau Dr. Gebauer um Abstimmung über die Änderungsanträge.</p>			
--	--	--	--

	<p>Zunächst der Antrag der Fraktion UWG/LGU/SPD</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u>  Ja-Stimmen: 6      Nein-Stimmen: 10    Enthaltungen: 3  Damit ist der Antrag abgelehnt.</p> <p>Antrag Herr Tietz und Herr Voigts</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u>  Ja-Stimmen: 10      Nein-Stimmen: 4    Enthaltungen: 5  Damit ist der Antrag angenommen.</p> <p>Anschließend folgt die Abstimmung über die geänderte Beschlussvorlage.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die 1. Änderung zur Satzung über die Verleihung von Ehrenbezeichnungen und Auszeichnungen der Stadt Kremmen, beschlossen am 29.06.2017, mit folgender Änderung: § 4 Abs. 8, wird folgender Satz nach dem 3. Satz eingefügt:</p> <p>"Die Würdigung des Auszuzeichnenden kann im Ausnahmefall auch durch ein Mitglied des Ortsbeirates des Ortsteils, aus dem die zu ehrende Persönlichkeit stammt oder durch eine dafür von der Stadtverwaltung beauftragte Person erfolgen."</p>			
	<p>Stimmverhältnis:      mehrstimmig  Abstimmung:          abweichend</p>	15	4	0
12.	<p><b>Beratung und Beschluss: Aufstellung des Bearbeitungsstandes des Investitionsplans der Stadt Kremmen für das Jahr 2019</b>  - eingebracht: Fraktion Die Unabhängigen Bürger (DUB) -  <b>Beschlussvorlage - 01-79-2019</b></p> <p>Weil es in den zurückliegenden Jahren erhebliche Abweichungen von der Planaufstellung und der Umsetzung gegeben hat, wurde der Antrag durch die Fraktion DUB eingereicht, erklärt Herr Koop. Durch rechtzeitige Informationen ist es den Abgeordneten möglich, geplante Maßnahmen evtl. noch zu beschleunigen.</p> <p>Herr Busse weist darauf hin, dass in der vergangenen Finanzausschusssitzung der Haushaltsvollzug per 30.06.2019 dargelegt wurde. Auch der Investitionsplan wurde vorgelegt. Hier fehlte jedoch der Abarbeitungsstand, erklärt Herr Koop.</p> <p>Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, bittet die Vorsitzende um Abstimmung.</p> <p>"Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Aufstellung des Bearbeitungsstandes des Investitionsplanes der Stadt Kremmen für das Jahr 2019 zu erstellen und den Abgeordneten bis zum 31.08.2019 zukommen zu lassen."</p>			
	<p>Stimmverhältnis:      einstimmig  Abstimmung:          laut Vorschlag</p>	12	0	7
13.	<p><b>Anfragen und Informationen der Abgeordneten</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-58-2019</b>  Herr Tietz bezieht sich auf die Pressemitteilungen zum Radweg</p>			

Kremmen - Linum. Hier war u.a. zu lesen, dass der Bauausschuss ein klares Signal gesetzt habe, den Radwegausbau zwischen Kremmen und Linum voranzutreiben. Er bittet hier um Information und Richtigstellung. Die Vertreter der Radweginitiative waren im Mai in der Bauausschusssitzung und präsentierten den gewünschten Radwegeausbau, berichtet Herr Busse. Es wurde kein Beschluss gefasst und es liegen auch keine weiteren Unterlagen vor. Im Kreistag wurde das Vorhaben auch abgelehnt. Herr Busse sagt zu, mit Frau Witzgall (Mitinitiatorin der Radweginitiative) zu telefonieren.

Herr Schlichting erfragt den Stand des B-Plans "Am Schlosspark" in Staffelde aus dem Jahr 1998. Im Baugesetzbuch ist geregelt, dass eine Baupflicht auferlegt werden kann. Durch den B-Plan sind diese Flächen blockiert, erklärt Herr Busse. Er habe jedoch zwischenzeitlich den Kontakt zu den Eigentümern gesucht und sie gebeten, innerhalb von 6 Monaten eine Entscheidung zu treffen.

Aufgrund der zurückliegenden Ereignisse hinsichtlich des Festivals bezieht sich Herr Koop auf die künftige Ausrichtung von Veranstaltungen. Er fragt, welche Konsequenzen haben die Diskussionen um Sicherheitskonzepte und Anmeldungen für zukünftige Veranstaltungen, wie z.B. Osterfeuer, Drachenbootrennen, Erntefest und dgl.? Welche Person ist haftbar bei fehlenden Sicherheitsvorgaben, z.B. aus Unkenntnis und fehlenden Sicherheitskonzepten. Wer muss diese erarbeiten? Wer stellt die jeweiligen Anträge dazu bei den verschiedenen Behörden. Wird das Ordnungsamt den Ortsbeirat aktiv in allen Antragsverfahren unterstützen. Wie sind die Veranstalter versichert? Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf das Kremmener Neptunfest und die fehlende Genehmigung der Wasserschutzbehörde. Die Ortsvorsteher können bei dieser komplexen Materie nicht alle Vorgaben und Vorschriften kennen. So müsse zum Osterfeuer an der Landesstraße ein Sicherheitskonzept erarbeitet werden und sicherlich Absperrmaßnahmen zur Straße durchgeführt werden. Die Ortsvorsteher / Veranstalter hätten Angst, was zu übersehen. Er bittet um eine ausführliche Beantwortung. Herr Busse sagt eine schriftliche Antwort zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, schließt Frau Dr. Gebauer den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:09 Uhr.